**INFO IN EIGENER SACHE**

21.04.22 /cw

 »Bitte stellen Sie keinen neuen Antrag mehr«, heißt es auf der Website der staatlichen Förderbank KfW. Und das nur wenige Stunden nach dem Neustart eines Förderprogramms für Neubauten. Kaum war es möglich, Anträge abzugeben, musste die Bank die Funktion schon wieder abschalten.

Der Grund: Das Fördervolumen von einer Milliarde Euro war binnen kürzester Zeit an diesem Mittwoch ausgeschöpft, ein KfW-Sprecher bestätigte das.

Eigentlich war eine Frist von 20. April bis Ende des Jahres vorgesehen, in der Hausbauer neue Anträge für eine staatliche Förderung energiesparender Neubauten stellen können – konkret geht es um das sogenannte Effizienzhaus 40.

Im Januar hatte die Bundesregierung die Förderung zunächst wegen einer Antragsflut gestoppt, was heftige Debatten auslöste.

Betroffen davon waren neben der Neubauförderung nach dem Effizienzstandard EH55 auch die Förderprogramme für den höheren EH40-Standard und energetische Sanierungen von Gebäuden. Das Ende der Förderung führte zu deutlicher Kritik aus der Baubranche und von Verbraucherschützern. Als Bauträger und Häuslebauer werden wir uns demnach auf weiter steigende Baukosten einstellen müssen.

30.01.22/cw

**Viele Fragezeichen nach grünem KfW-Förderstopp**

 Das mussten so manche Bauherrinnen und Bauherren erst einmal verdauen.Von jetzt auf gleich hat das grüne Bundeswirtschaftsministerium sämtliche KfW-Fördergelder für energetisches Bauen und Sanieren zusammengestrichen. Zwar wäre die Förderung der KfW-Effizienzklasse 55 Ende Januar ohnehin eingestellt worden. Brisant am sofortigen Förderstopp ist jedoch, dass auch bereits eingegangene, aber noch nicht bewilligte Anträge vorläufig zurückgestellt wurden. Das ist ein fatales Signal für den Klimaschutz, wenn die selbsternannte Klimaregierung energetisches Bauen und Sanieren unattraktiv macht. Während die Häuslebauer und Wohnungskäufer also zu teuren Nachverhandlungen mit ihren Banken gezwungen werden, malen wir uns als Bauträger schon die Folgen für die ganze Region aus.

Ein konkretes Beispiel: Bauvorhaben Luisenstr. 31 in Lörrach. Hier sollen 6 Einheiten und 7 KFZ-Stellplätze nach KfW-Effizienzklasse 55 entstehen. Bei einer durchschnittlichen Förderung von 18.000 Euro pro Wohneinheit entstehen mit einem Schlag Mehrkosten in Höhe von mehr als 108000 Euro. Dass die späteren Bewohnerinnen und Bewohner den grünen Förderstopp durch höhere Mieten/ Tilgungsraten ausbaden müssen, ist nahezu unabdingbar.

„Der Förderstopp hinterlässt viele Fragezeichen zu den Folgen für das energetische Bauen und Sanieren im Ländle. Konkret fragen wir uns, bei welchen Bau- und Sanierungsvorhaben uns erneut Mehrkosten und Bauzeitverzögerungen erwarten. Können etwa Bauvorhaben nicht weitergeführt werden? Außerdem wüssten wir gerne, mit welcher Summe der finanzielle Ausfall für öffentliche und private Bauträger beziffert wird. Diese und weitere Fragen haben wir an das Land Baden-Württemberg gerichtet und hoffen, dass das Ausmaß des grünen Förderstopps für alle Beteiligten so gering wie möglich ausfällt. 30.01.22/cw